

# der Freitag

## Die Wochenzeitung

→ freitag.de

Partner von  
The Guardian

16. Juli 2026, 29. Ausgabe  
Deutschland 5,90 €

Schweiz 8,20 CHF  
Belgien, Luxemburg,  
Österreich 6,60 €

**Klima** Die Sommer werden in Mitteleuropa nie mehr, wie sie waren **Wochenthema S. 6/7**

**Kuba** Geheimverhandlungen mit den USA: Kann sich Havanna retten? **Politik S. 10**

**Kritik** Harald Martenstein im AfD-Streit mit Andreas Püttmann **Debatte S. 11**

**Kulturetat** Wolfram Weimer verprasst Staatsgeld für Richard Wagner **Kultur S. 17**



## Wer vom Krieg schweigt

**Proteste** Solange die Linke sich scheut, sich gegen die Bewaffnungspolitik zu stellen, kann sie nicht gegen Sozialabbau mobilisieren

von Sebastian Friedrich

**D**a beschließt die Bundesregierung den heftigsten Schlag gegen den Sozialstaat seit der Agenda 2010 – und es regt sich kaum Widerstand. Dabei ist unter Lohnabhängigen fast jeder betroffen: Arbeitslose, die mit schärferen Sanktionen rechnen müssen; gesetzlich Krankenversicherte, denen tiefer in die Tasche gegriffen wird; Pflegebedürftige und ihre Angehörigen; Familien mit Kindern.

Die Partei Die Linke versucht immerhin, dem Frust eine Stimme zu geben. Seit Juni organisiert sie bundesweit Kundgebungen. Doch bislang zündet das nicht so recht. Aber warum eigentlich?

Erstens wurde der Bevölkerung jahrzehntelang neoliberale Ideologie eingetrichtert. Sie hat gelernt, nur noch Ich zu sagen. Da fällt es zunehmend schwer, die Möglichkeit eines kollektiven Neins zu formulieren. Soziale Not erscheint immer weniger als gesellschaftliches Problem und immer stärker als persönliches Versagen. Wer „auf den Staat angewiesen“ ist, wird schon irgendwie selbst schuld sein.

So lassen sich die Einschnitte zweites individualisieren. Sie treffen viele Menschen, aber jeweils isoliert. Es herrscht Klassenkampf von oben, aber die Leute erleben ihn nicht als solchen. Man erfährt von den Verschlechterungen im Wohnzimmer, im Fitnessstudio, im Auto – oder gar nicht bewusst, weil man sich die Nachrichten abgewöhnt hat.

Drittens ist da viel Resignation. Selbst wer sieht, dass die eigene Lage gesellschaftliche Ursachen hat, glaubt noch lange nicht, dass sich was ändern lässt. Wer will sich in einem Kampf aufreiben, der Erfolge nicht für möglich hält? Die Schlechtigkeit der Welt zu erkennen, kann der erste Schritt zum Veränderungswillen sein –

oder in politische Depression münden. Das betrifft nicht nur jene, die auf Politik ohnehin schon mit Achselzucken reagieren. Sondern auch jene, die zu kämpfen gelernt hatten: Wer etwa vor gut zwanzig Jahren gegen die Hartz-Reformen auf die Straße ging, musste erleben, dass die Wut der Massen einfach abgeprallt ist.

Viertens fällt ein Missverhältnis auf: Gegen die Kürzungen gehen nur wenige auf die Straße – doch der AfD-Parteitag in Erfurt mobilisierte Zehntausende. Die beiden Anliegen widersprechen sich nicht. Doch der Fokus auf die AfD stabilisiert indirekt die Regierung: Wer im Aufstieg der Rechten das mit Abstand größte Übel sieht, hat Angst vor einem Scheitern von Friedrich Merz. Kaum jemand glaubt ja ernsthaft, dass ihm eine linke oder tatsächlich sozialdemokratische Reformregierung folgen könnte. Nicht ganz unberechtigt fürchtet man, dann käme Alice Weidel.

**Es ist paradox:  
Das Starren  
auf die AfD  
stabilisiert die  
Regierung von  
Friedrich Merz**

Und fünftens ist da die SPD. Merz' Juniorpartnerin wird von vielen weiterhin als kleineres Übel gesehen, als soziales Korrektiv. So bleibt die Kritik der Sozialverbände und der Gewerkschaftsspitzen verhalten. Zumal das noch immer enge Band zwischen Gewerkschaftsführung und parteiförmiger Sozialdemokratie den Aufbau von Massenprotesten bremsen.

Doch auch diese fünf Punkte erklären das Schweigen im Land noch nicht hinreichend. Allgemein gesprochen fehlt es meistens an einer schlüssigen Gesamter-

zählung, um die einzelnen Maßnahmen als Teile einer breiten Agenda begreifbar zu machen. Konkret: Die Finanzierung der Kriegstüchtigkeit, der Hauptgrund der Kürzungen, bleibt unerwähnt.

Die Rechten verstehen das. Seit Jahren touren AfD-Politiker wie Maximilian Krah durch das Land und erzählen den Leuten, die Politik entscheide über ihre Köpfe hinweg irre Ausgaben für Dinge, die niemand wirklich wolle: Gender, Einwanderung, Klima – und diesen Krieg. Dafür sei Geld da, aber nicht für die kleinen Leute!

Man mag alle Zutaten dieses Arguments zurückweisen: implizite Ressentiments, falsche Gegensätze, Verschleiern des Klassenkonflikts. Doch diese Nullsummenrechnung ist in sich plausibel. Schuldige sind gefunden, verschiedene, für Rechtspopulisten zentrale Konflikte verbunden. So entsteht ein Wir. Ein Populus.

Der Linken hingegen ist es noch nicht gelungen, dem Sozialabbau eine eigene Deutung zu geben. Mehr noch: Große Teile von SPD und Grünen, der Gewerkschaftsführungen und der linksliberalen Öffentlichkeit sowie Teile der Linkspartei versuchen, das Offensichtliche zu umschiffen: dass die Kürzungssorgie unmittelbar mit der Aufrüstung verbunden ist.

Die Aufrüstung ist politisch oberste Priorität. Hunderte Milliarden wurden dafür schon bereitgestellt. Die Zwänge beim Sozialstaat erscheinen indes als Naturgesetz. Vermögen, hohe Einkommen und Profite werden geschont, wo die breite Masse blutet. Wir müssen dies tun, heißt es, damit Deutschland kriegstüchtig wird und sich gegen Russland verteidigen kann. Notfalls mit dem Leben derer, die jetzt die Kürzungen am meisten treffen.

Das Bedrückendste ist heute nicht der systematische Sozialstaats-Abbau, nicht der zugespitzte Klassenkampf von oben, nicht einmal das damit gegebene Rundumsorglos-Paket für die Neue Rechte, die sich seit Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise in Umfragen fast verdreifacht hat. Es ist der Umstand, dass sich so viele in dieser Gesellschaft – auch in der Linken – mit dieser Prioritätensetzung abgefunden zu haben scheinen. Wer aber vom Krieg schweigt, wird den Sozialabbau nicht stoppen.

Marlen Hobrack rechnet die Merz-Kürzungen für Familien nach

### Unterhaltsvorschuss und Elterngeld: Nullsummenspiele mit miesem Kalkül

**F**rauen und Kinder zuerst! Das gilt nicht nur auf Rettungsbooten, das gilt, wenn es nach der Bundesregierung geht, vor allem in Fragen fiskalpolitischer Kürzungen. Der Sozialstaat ist teuer, der Return on Investment gering. Elterngeld ist laut ifo-Institutschef und sozialpolitischem Vordenker Clemens Fuest „nice to have“, aber im Spätkapitalismus sind nette Dinge bekanntlich eine Nebensache.

Deswegen soll das Elterngeld, das seine reproduktionspolitischen Ziele – Frauen sollten mehr Kinder bekommen – nicht einlösen konnte, radikal gekürzt werden: von bisher 14 Monaten für Paare auf zwölf, wobei der Vater mindestens drei der Elterngeldmonate nehmen muss. Im Gegenzug wird der monatliche Betrag erhöht: Der Mindestbetrag steigt von 300 auf 330 Euro; der Höchstbetrag von 1.800 auf 1.900 Euro.

Protest regt sich derzeit vor allem gegen die Kürzung der Elterngeldmonate; tatsächlich verschärft sich aber einmal mehr die soziale Schieflage im Elterngeld: Zwar steigt der Mindestbetrag prozentual stärker als der Höchstbetrag. Doch betreffen die gestiegenen Lebenshaltungskosten Geringverdienender überproportional stark, die ihr gesamtes Einkommen für Fixkosten ausgeben. Für Grundsicherungsempfänger bringt die Erhöhung gar nichts, da sie mit der Grundsicherung verrechnet wird. Ein kalkuliertes Nullsummenspiel.

Und auch an anderer Stelle der „Reformen“ stoßen wir auf ein solches. So im Falle der geplanten Kürzung des Unterhaltsvorschusses, der fortan mit dem vollendeten 16. Lebensjahr enden soll. Bisher wird er bis zum 18. Geburtstag gezahlt. Nun dürfte einleuchten, dass 16-Jährige nicht allein für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Wer ihren Unterhaltsvorschuss kürzt, stürzt sie bzw. ihr alleinziehendes Elternteil in die Bedürftigkeit. Das Existenzminimum des Kindes muss gesichert bleiben.

Fällt der Unterhaltsvorschuss weg, hat es Anspruch auf Wohngeld und/oder Kinderzuschlag oder Grundsicherung. Was die Auszahlungsbeträge anbelangt, läuft das auf ein Nullsummenspiel heraus. Dafür steigt der bürokratische Aufwand enorm – Wohngeldanträge und Grundsicherung sind notorisch kompliziert. Für den Staat fällt die Rechnung sogar negativ aus: Während er den Unterhaltsvorschuss vom säumigen Elternteil zurückverlangen kann, gilt das für Kinderzuschlag, Wohngeld oder Grundsicherung nicht.

Was soll das also? Womöglich hegt die Bundesregierung hier ein mieses Kalkül: Der Sozialverband VdK etwa schätzt, dass nur die Hälfte der Wohngeldberechtigten überhaupt einen Antrag stellt. Und wer selbstständig ermitteln kann, ob er Anspruch auf Kinderzuschlag hat, gehört zur Mathematik-Elite.

Die Rechenkunst lehrt übrigens auch, dass ein Defizit nicht nur durch Ausgabenkürzung, sondern auch durch Einnahmeerhöhung ausgeglichen werden kann. Dass es sich lohnen könnte, säumige Unterhaltspflichtige zu verfolgen, ist sogar Familienministerin Karin Prien aufgefallen. Rund drei Milliarden kostet der Unterhaltsvorschuss jährlich; nur eine halbe Milliarde holt sich der Staat von den Zahlungspflichtigen zurück.

In einigen Ländern wird inzwischen die Reisefreiheit der Nichtzahler beschränkt. Prien dagegen überlegt, deren Führerschein einziehen zu lassen. Freie Fahrt nur für unterhaltsschuldene freie Bürger! Dann kämen Frauen und Kinder endlich einmal zuerst.

Marlen Hobrack veröffentlicht im August ihr neues Buch *Stolz und Zweifel. Eine Verteidigung der Mutterschaft*



Hängelplatz 1  
10117 Berlin  
ISBN 978-3-8458-1100-0  
Eingehängt bezahlt  
DPAAG +1